

# „Freiwillige Zahlung würde den Haushalt belasten“

Westerheimer Gemeinderat reagiert skeptisch auf Laichingens Bitte um Beteiligung am Schulneubau

Von Christoph Schneider

WESTERHEIM - Die Stadt Laichingen würde gerne Umlandgemeinden am Neubau der Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule (EKS) nebst Mensa finanziell beteiligen – in Abhängigkeit davon, wie viele Kinder aus diesen Gemeinden die Laichinger Schule im Schnitt der vergangenen fünf Jahre besucht haben (die „Schwäbische Zeitung“ berichtete ausführlich). Am besten sollten sich die Gemeinden freiwillig beteiligen, so der Plan der Laichinger. Der Gemeinderat von Westerheim, die Gemeinde soll rund 1,5 Millionen Euro besteuern, hat bereits ein klares Stimmungsbild abgegeben.

Geplant war, dass der Laichinger Bürgermeister Klaus Kaufmann den Westerheimer Gemeinderatsmitgliedern die Schulneubaupläne nebst Beteiligungsoptionen vorstellt. Wie der Westerheimer Schultes Hartmut Walz bei der Ratssitzung am Dienstagabend mitteilt, habe Kaufmann den Termin nicht wahrnehmen können. Nach einigem Hin und Her wird der Laichinger Bürgermeister das Schulbauprojekt schließlich am 23. April in Westerheim vorstellen. „Das würden wir dann gerne auch in Anspruch nehmen“, sagt Walz.

Immerhin liegen die Unterlagen bereits vor. Aus ihnen geht

hervor, dass im Schnitt der vergangenen fünf Jahre 9,2 Prozent der EKS-Schüler aus Westerheim kamen und die Gemeinde entsprechend laut Laichinger Berechnung 1,543 Millionen Euro zum EKS- und Mensaneubau zuschießen sollte. Zum Vergleich: Von Heroldstatt (12,7 Prozent Schüleranteil) wünscht sich Laichingen 1,85 Millionen Euro, von Nellingen (6,43 Prozent) 1,02 Millionen, von Merklingen (5,36 Prozent) 880.000 Euro, Hohenstadt (2,68 Prozent) 385.000 Euro, Schelklingen (2,41 Prozent) 395.000 Euro oder Berghülen (1,25 Prozent) noch 257.000 Euro. Insgesamt sollen die Umlandgemeinden rund 6,66 Millionen Euro beisteuern. Knapp 18 Millionen des insgesamt rund 34 Millionen Euro kostenden Projektes übernimmt die Stadt Laichingen, der Rest von gut neun Millionen Euro soll durch Landeszuschüsse sowie Geld aus dem Ausgleichsstock kommen.

Bis zum 30. April 2024 sollen nach Möglichkeit die Zusagen, der Umlandgemeinden über die freiwillige Beteiligung vorliegen, wünscht man sich in Laichingen. Andernfalls werde man den Klageweg beschreiten. Das sei inzwischen in solchen Fällen möglich, heißt es.

Westerheimer Ratsherr Thomas Meffle gibt sich irritiert über diese Frist, wo doch erst wenige Tage vor Fristende das Laichinger Konzept im Westerheimer Rat vorgestellt werden soll. Er sagt: „Das scheint mir etwas unausgegoren zu sein.“ Schultes Walz bestätigt, er gehe von keiner Entscheidung am 23. April aus.

„Das würden wir dann gerne auch in Anspruch nehmen.“

Hartmut Walz

Kämmerin Claudia Newedel bringt einen anderen Aspekt in die Diskussion:

nerseits sei die Gemeinde Westerheim von der Finanzaufsicht mit Blick auf die sehr knappen Finanzen dringend gehalten, freiwillige Leistungen zurückzufahren. „Aber hier würden wir eine Freiwilligkeitsleistung in Höhe von 1,5 Millionen Euro an einen Dritten geben“, warnt sie. Der Westerheimer Haushalt wurde gerade erst von der Finanzaufsicht unter Auflagen genehmigt. Und dieser Zuschuss könnte den Westerheimer Haushalt auf Jahre negativ belasten, auch weil buchhalterisch kein Vermögenswert der Ausgabe gegenüberstehe. Ratsmitglied Claus Ascher bringt es so auf den Punkt: „Unter den Umständen braucht Bürgermeister Kaufmann am 23. April gar nicht zu uns kommen.“



Dass sich Westerheim am Laichinger EKS- und Mensaneubau beteiligt, scheint derzeit aufgrund der angespannten Haushaltslage sehr fraglich.

FOTO: ARCHIV